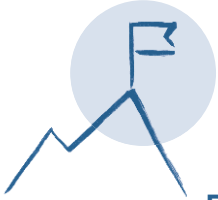


7 Steuersystem



DAS ZIEL Die Schweiz gilt nicht weiter als Steueroase für multinationale Unternehmen und Superreiche. Sie verfügt über ein Steuersystem, das sich an den Grundsätzen der Gerechtigkeit orientiert, und setzt sich international für ein solches ein.

in einkommensstarken Ländern – zu für die Unternehmen günstigen Konditionen – besteuert werden und nicht in den Ländern, in denen die Wertschöpfung durch Arbeit und die Ausbeutung von Rohstoffen grösstenteils geschieht und denen damit insgesamt Einnahmen in Milliardenhöhe entgehen. Es ist Geld, das sie dringend für das Gemeinwesen benötigen würden: für die Wasserversorgung, für das Bildungs- und Gesundheitswesen, für die Infrastruktur sowie für die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft. Im Jahr 2022 wurden gemäss der Wirtschaftsberatung Economists Without Borders 112 Milliarden US-Dollar an Profiten multinationaler Konzerne in die Schweiz verschoben.¹⁰² Aufgrund mangelnder Transparenz lassen sich die Zahlen jedoch nur schätzen. Fachleute gehen davon aus, dass sie in Wirklichkeit noch deutlich höher sind.¹⁰³

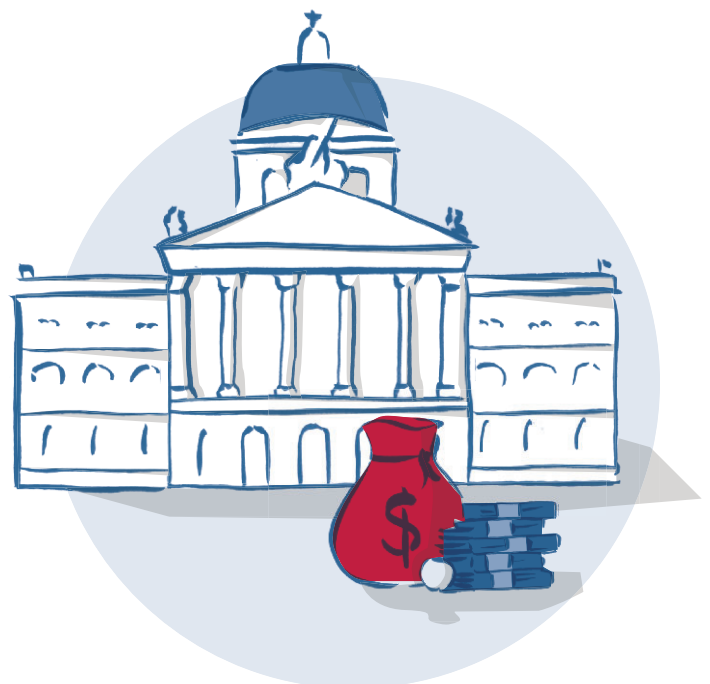
Intransparenz und Sonderbehandlung für international agierende Unternehmen sind Teil des Geschäftsmodells: Im Steuerparadiesindex für Unternehmen 2021 erhielt die Schweiz 89 von 100 Punkten – was ihr Platz 5 im weltweiten Ranking einbrachte.¹⁰⁴ Auch mit der OECD-Mindeststeuer, deren Umsetzung das Schweizer Stimmvolk im Juni 2023 zustimmte, wird dieser Missstand nicht behoben – sie lässt Vorzugsbedingungen für Konzerne weiter zu und ist so tief angesetzt, dass



DIE AUSGANGSLAGE

Die soziale Ungleichheit in der Welt ist gross, und sie wächst weiter an: Vom globalen Vermögenszuwachs zwischen 2020 und 2022 landeten fast zwei Drittel auf den Konten des reichsten Prozents der Weltbevölkerung.¹⁰⁰ Auch die Schweiz sieht in dieser Entwicklung «eines der grössten Hindernisse für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung» und unterstützt prinzipiell das zehnte Ziel der UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die Ungleichheit zwischen und innerhalb von Staaten zu verringern.¹⁰¹ Doch die UNO prognostiziert, dass dieses Ziel krachend verfehlt werden wird, und dazu leistet die Schweiz auch mit ihrer Steuerpolitik ihren Beitrag.

Die Schweizer Steuerpolitik ist stark auf die Interessen von Grosskonzernen, Finanzinvestor*innen und wohlhabenden Personen ausgerichtet – zum Schaden insbesondere von Ländern mit tiefen und mittleren Einkommen. Die Schweiz als Land mit der grössten Dichte an multinationalen Konzernen ist Nutzniesserin eines internationalen Steuersystems, das bis heute koloniale Strukturen repliziert: Es bewirkt, dass die Gewinne



Gewinnverschiebungen in die Schweiz und ähnliche Steueroasen attraktiv bleiben und anderen Ländern weiterhin Steuereinnahmen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben verloren gehen.

Noch weiter vorne platziert ist die Schweiz, wenn es um den internationalen Wettlauf als bevorzugter Schattenfinanzplatz für Superreiche geht: Hier liegt sie – trotz Verbesserungen im Zuge der Abschaffung des internationalen Bankgeheimnisses und der Einführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) – auf Rang 2 hinter den USA.

Das Tax Justice Network schätzt, dass anderen Ländern durch die Praktiken der Schweiz jährlich rund 16 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen von Konzernen und rund 2 Milliarden US-Dollar an Steuern von Privatpersonen entgehen.¹⁰⁵



DER WEG ZUM ZIEL

KEINE STEUERGESCHENKE UND SONDERREGELUNGEN FÜR KONZERNE

Die Schweiz sollte Unternehmen aus dem Ausland keine Spezialbehandlung mehr zukommen lassen und keine Sonderregelungen wie die Tonnage Tax einführen, welche die Bemühungen für mehr globale Steuergerechtigkeit unterlaufen und auf Kosten der Nachhaltigkeit gehen.¹⁰⁶

AUTOMATISCHEN INFORMATIONSAUSTAUSCH AUF WEITERE LÄNDER AUSWEITEN

Als ersten wichtigen Schritt zu mehr Transparenz hat die Schweiz 2017 den automatischen Informationsaustausch eingeführt. Er ist wichtig, denn nur so können Verdachtsmomente auf Steuerhinterziehung wirksam überprüft werden. Doch mit vielen Ländern mit tiefen und mittleren Einkommen bestehen keine derartigen Abkommen – gerade in diesen Ländern wäre es aus sozialer Perspektive aber besonders wichtig, dass sich vermögende Personen ihrer Steuerpflicht im eigenen Land nicht entziehen können. Doch der AIA ist so kompliziert ausgestaltet – so gibt es keinen einheitlichen Datenstandard –, dass einige Länder gar nicht über die Ressourcen verfügen, um ihn umzusetzen. Die Schweiz sollte sich darum bemühen, dass auch Länder mit tiefen und mittleren Einkommen am AIA teilnehmen können.

OECD-MINDESTSTEUER ERHÖHEN

Um den Wettlauf nach unten zu stoppen, der Staaten die Steuersubstanz entzieht, bräuchte es eine internationale Steuerharmonisierung. Die Einführung des OECD-Mindeststeuersatzes wäre eigentlich eine Massnahme, die in diese Richtung zielt. Doch der Mindeststeuersatz wurde von Tiefsteuerländern, darunter die Schweiz, von «bescheidenen» 21% auf «ineffektive» 15% gedrückt.¹⁰⁷ Da die Gewinnsteuer in den meisten Ländern, in denen globale Konzerne ihre Wertschöpfung generieren, bei 25 bis 30% liegt, wird die neue Regelung das Verschieben von Gewinnen in Niedrigsteuerstandorte kaum verhindern können. Doch damit nicht genug: Die Globe-Regeln¹⁰⁸ zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer ermöglichen es der Schweiz, Steuereinnahmen zu beanspruchen, die eigentlich anderen Ländern zustehen würden.¹⁰⁹

Die Schweiz sollte das neue OECD-Gesetz so umsetzen, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen, die aus der Mindeststeuer entstehen, den Ländern zugutekommen, in denen Konzerne ihre Wertschöpfung erzielen – und nicht über den Schweizer Fiskus wieder an die Unternehmen zurückfliessen. Dazu sollte die Schweiz im Sinne einer internationalen Harmonisierung ihre Steuersätze erhöhen.

REGELN ZUM COUNTRY-BY-COUNTRY-REPORTING DER KONZERNE VERSCHÄRFEN

Grundlage zu einer faireren Besteuerung von Unternehmen ist das Country-by-Country-Reporting,¹¹⁰ bei dem globale Konzerne ihre Gewinne nach Ländern aufgeschlüsselt ausweisen müssen. Die OECD kennt eine solche Regelung, sie ist allerdings schwach und erlaubt Konzernen weiterhin, relevante Daten vor den Steuerbehörden zu verstecken. Das Reporting ist zudem nicht öffentlich, und beispielsweise die meisten afrikanischen Staaten haben keinen Zugang dazu. Die Schweiz als Land mit der höchsten Dichte an globalen Konzernen sollte sich innerhalb der OECD für eine stärkere Regelung einsetzen, die zu allgemein zugänglichen verwertbaren Daten führt.¹¹¹

UNO-STEUERKONVENTION UNTERSTÜTZEN

Ein faires internationales Steuersystem sollte nicht von einer Vereinigung reicher Länder wie der OECD, sondern von der gesamten Staatengemeinschaft verhandelt werden. Hier gibt es positive Entwicklungen: Im November 2022 hat sich die UNO-Generalversammlung auf Vorschlag einer Gruppe afrikanischer Staaten erstmals für die Schaffung einer globalen Steuerkonvention ausgesprochen. Im August 2023 hat nun der UNO-Generalsekretär einen Bericht über eine mögliche Umsetzung vorgelegt, mit dem ein internationales Rahmenabkommen für Steuerfragen erstmals in greifbare Nähe rückt.¹¹² Die Schweiz als UNO-Mitglied sollte den Prozess unterstützen und für eine effektive Konvention eintreten, die globale Steuergerechtigkeit herstellt. Im Rahmen dieses Prozesses sollte sich die Schweiz auch für die Einführung einer Gesamtkonzernbesteuerung einsetzen: Sämtliche Gewinne eines Konzerns aus allen Ländern, in denen dieser aktiv ist, würden zusammengerechnet; auf dieser Basis würde der Steuerbetrag festgelegt. Diese Steuereinnahmen würden dann nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Länder verteilt.¹¹³

MIT GERECHTER BESTEUERUNG UNGLEICHHEIT VERRINGERN

Die Schweiz sollte ein gerechteres Steuersystem einführen und international fördern, das hohe Einkommen und insbesondere grosse Vermögen und Erbschaften sowie aus Besitz resultierende Gewinne proportional stärker besteuert als niedrige Einkommen. Ein wichtiger Baustein dafür ist die Abschaffung von Steuerkonstrukten, die von Vermögenden zur Umgehung von (ausländischen) Erbschafts-, Vermögens- und Gewinnsteuern verwendet werden. Die Einnahmen aus höheren Steuern sollten global fair geteilt und u. a. in Bildung, Gesundheit und die ökologische Transformation investiert werden, um nachhaltige Lebensgrundlagen für alle Menschen und für kommende Generationen zu schaffen.